



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

Rücktritt Bülows.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Jahren 1904 und 1905 stand Deutschland nicht fern von einem Bündnisse mit dem Zarenreiche, Tirpitz aber stimmte nach seinen eigenen Berichten dagegen; Rußland stehe unter dem Drucke Japans und könne daher dem Deutschen Reiche keine nennenswerte Hilfe leisten. Wohl wird der Leser in den Abschnitten der Erinnerungen über die äußere Politik mit einer Fülle von Gesichtspunkten vertraut gemacht, die aber wesentlich nur den Verhältnissen zur Zeit des Weltkrieges angepaßt sind; für die vorhergehende Epoche vermißt man das zielbewußte Wollen eines Staatsmannes, der fähig gewesen wäre, in jedem Augenblicke die Zügel zu ergreifen. Das war übrigens nicht der Ehrgeiz Tirpitz', der erst während des Krieges nach der Reichskanzlerschaft strebte, um dem Schwanken ein Ende zu machen und alle Kraft gegen das verhaßte England in Bewegung zu setzen. Vordem hielt er sich von der äußeren Politik zurück, soweit nicht die Flotte in Betracht kam, der Herz, Geist und Tatkraft des großen Organisations gehörten.

\*

### R ü c k t r i t t B ü l o w s

Die auswärtigen Dinge wandten sich in den letzten zwei Jahren der Kanzlerschaft Bülow's zum Besseren. Dennoch neigte sich sein Stern zum Niedergange. Denn Wilhelm II. war unzufrieden, seitdem die im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Kaiserworte im Reichstage zu lebhaften Anklagen gegen den Herrscher geführt hatten, ohne daß Bülow dem wehren konnte. Der Kaiser sagte sich mit Recht, daß er keine Schuld trug, wenn seine Äußerungen der Öffentlichkeit übergeben worden waren. Denn er hatte das Zwiegespräch vor dem Drucke dem Reichskanzler zur Begutachtung übersendet. Bülow, damals zur Erholung in Norderney weilend, las die Vorlage nicht, ebensowenig der bei ihm zum Dienste weilende Gesandte Müller, der im Haag beglaubigt war<sup>1)</sup>. Das

<sup>1)</sup> Der damalige Staatssekretär Freiherr v. Schoen erzählt in seinen Erinnerungen „Erlebtes“, 1921, S. 96, er habe auf das ihm von der Presseleitung übersandte Manuskript ein deutliches „Nein“ geschrieben und dadurch die Veröffentlichung untersagt. Der Artikel war aber unterdes in Berlin bekanntgeworden und seine Verbreitung nicht mehr zu verhindern.

Schriftstück wurde vielmehr aus Auswärtige Amt nach Berlin geschickt und der mit der Berichterstattung beauftragte vortragende Rat fand seltsamerweise, die Drucklegung sei unbedenklich<sup>1)</sup>. Als dann der Sturm losbrach, bekannte sich Bülow beim Kaiser des Versäumnisses schuldig und bot seine Entlassung an. Der Rücktritt wurde nicht angenommen, der Kanzler hatte also vor dem Reichstage die Verteidigung des Kaisers zu führen. Die Redner aller Parteien fanden das wiederholte Hervortreten des Herrschers bedenklich. Bülow erwiderte würdig, begann mit einer Anklage gegen sich selbst und fand eindrucksvolle Worte, um die edlen Beweggründe des Kaisers bei seinen Friedensangeboten an England ins Licht zu setzen. Am Tage darauf, am 11. November 1908, wiederholten und verschärften sich die Vorwürfe, die in dem einmütigen Wunsche aller Parteien gipfelten, der Kaiser möge sich bei seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Worten größere Zurückhaltung auferlegen. Dies sicherte Kaiser Wilhelm dem Kanzler auch zu, wovon die Nation sofort verständigt wurde. Indessen scheint es der Monarch übel vermerkt zu haben, daß Bülow am zweiten Tage der Debatte nicht wieder für ihn das Wort ergriff, sowie daß er bei ihm Fürsprecher des Wunsches des Reichstages gewesen war. Seitdem wollte sich sein früheres Vertrauen zu dem Kanzler nicht mehr völlig einstellen.

Darunter litt auch der Einfluß Bülows im Reichstage. Nach dem für die Regierung günstigen Ausfalle der Wahlen von 1907 stützte sie sich auf eine aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen bestehende Mehrheit. Indessen rückten die Konservativen vom Kanzler ab, sowohl dem Kaiser zu Gefallen, als auch weil ihnen in Gesellschaft der Linkliberalen nicht wohl zumute war und sie sich mehr zu den Klerikalen hingezogen fühlten. Gelegentlich der Finanzreform kam es zum Bruche. Neue Steuern mußten auferlegt werden und die Regierung verlangte, da sie nicht bloß die indirekten Abgaben erhöhen wollte, auch die nachdrückliche Besteuerung der Erbschaften. Dieselben Gegensätze zeigten sich wie gleichzeitig in England, denn auch die deutschen Konservativen, die Vertreter des Grundbesitzes, wollten das Erbteil der Gattin und der Kinder nicht zu stark belasten. Doch war der Ausgang verschieden, denn in Deutschland blieben die Konservativen, verbündet mit den Klerikalen, Sieger und die neue Mehrheit lehnte die

<sup>1)</sup> Nach Schoen („Erlebtes“, 1921, S. 97) hatte man im Auswärtigen Amte nur untersucht, ob die sachlichen Angaben den wirklichen Vorgängen entsprachen.

Erbanfallsteuer ab. Der Reichskanzler hatte vom ersten Tage an erklärt, er stehe und falle mit der vorgeschlagenen Reform. Mit 194 gegen 186 Stimmen geschlagen, reichte er seine Entlassung ein, die ihm am 14. Juli 1909 gewährt wurde. Eine Wendung eigener Art: kurz vorher hatte Bülow mit dem Reichstage zusammengewirkt, um den Kaiser zu größerer Vorsicht zu bestimmen, jetzt wurde er von der Parlamentsmehrheit, besser gesagt, vom preußischen Adel, im Stiche gelassen. Ein deutscher Kanzler konnte sich gegen das Ubelwollen der Junker immer noch behaupten, wenn er das Vertrauen des Kaisers besaß. Versagte sich ihm aber die eine wie die andere Stütze, so wankte sein Regiment.

\*

## R u s s i s c h - d e u t s c h e A n n ä h e r u n g

Auch nach dem Rücktritte des Fürsten von Bülow blieben die Beziehungen der Kabinette von Berlin und Petersburg freundschaftlich. Die schonende Behandlung Rußlands durch die deutsche Regierung lohnte sich, besonders daß der Kanzler dem russischen Außenminister Iswolskij einen Ausweg aus der Verlegenheit eröffnet hatte, in die er durch die bosnische Angelegenheit geraten war.

Dagegen blieben sich die Kabinette von Wien und Petersburg dauernd entfremdet. Daran änderte sich nicht viel, als Iswolskij am 28. September 1910 vom Amte zurücktrat. Nach seinem kläglichen Spiel war der Abgang unvermeidlich und nur hinausgeschoben worden, um dem Wiener Kabinett nach der Demütigung Serbiens nicht auch noch diesen Triumph zu bereiten. Vom Hohne der öffentlichen Meinung seines Landes begleitet, trat Iswolskij das Amt eines Botschafters in Paris an. Zunächst bekam er auch von der französischen Presse öfters Spott zu hören, der aber dank den ihm zur Verfügung stehenden großen Geldsummen bald der Schmeichelei wich. In der europäischen Politik wurde er jedoch erst wieder eine wichtige Figur, als Poincaré 1912 ins Ministerium und ein Jahr darauf an die Spitze der französischen Republik trat. Iswolskij brachte nach Paris unverföhnlichen Haß gegen Aehrenthal bis über dessen Grab hinaus mit, blieb immer ein Feind